

Grüne Stadträtin dreht mal wieder durch



Am 5. November 2008 wurde im Rathaus Schöneberg das EUREF-Projekt rund um den Gasometer vorgestellt. Der Projektentwickler **Reinhard Müller** hatte das ehemalige Gasag-Gelände gekauft, um darauf das **Europäische Energie-Forum** entstehen zu lassen. Heute, zwölf Jahre später, gehört der EUREF-Campus zu den elf Zukunftsorten Berlins, in einer Reihe u.a. mit Siemensstadt 2.0, Buch, TXL und Tempelhof. Was den EUREF-Campus von den meisten anderen unterscheidet, ist, dass er privat finanziert wurde und wird.

Zu den Gästen des Projektstarts im Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg zählten neben **Lothar de Maizière** auch der damalige Umweltminister **Sigmar Gabriel**, Außenminister **Frank-Walter Steinmeier** und viele weitere Persönlichkeiten unterschiedlicher Couleur. Natürlich gab es einige, die skeptisch waren, ob aus dem Plan eines Tages Realität wird. Steinmeier und Gabriel besuchten in den Jahren danach immer wieder den Campus und überzeugten sich von der Entwicklung. Bis auf ein Vorhaben sind alle anderen realisiert worden. Wenn im nächsten Jahr der letzte Neubau eingeweiht wird, werden rund 5.000 Menschen auf dem 5,5 Hektar großen Gelände in dem S-Bahn-Dreieck am Bahnhof Schöneberg in über 150 Unternehmen beschäftigt sein.

Es gibt kaum ein grüneres Projekt als diesen Campus, auf dem 2014 bereits die CO₂-Klimaziele der Bundesregierung für 2050 erfüllt wurden. Aber ausgerechnet mit dem Umfeld und etlichen Funktionären der Grünen Partei hatte EUREF von Anfang an Probleme. Schon bei der Info-Veranstaltung am 5. November 2008, versammelte sich am Rande des John-F.-Kennedy-Platzes „Ein kleines Häufchen Demonstranten“, das von der Polizei eher als „nied-

lich“, denn als Gefahr eingestuft wurde. Von Anfang an hat der Rechtsanwalt für Grundstücks-, Miet- und Immobilienrecht, **Alexander Ziemann**, die Bekämpfung des EUREF-Campus zu seiner Lebensaufgabe erklärt. Das ehemalige SPD-Mitglied Ziemann bezeichnet sich selbst als „Häuseranwalt“, „oder eben auch ImmoAdvo.“ Er wohnt in der direkt an den EUREF-Campus angrenzenden Cheruskerstraße und führt von dort aus seinen Privatkrieg.

Er hat die Bürgerinitiative Gasometer gegründet, die laut Impressum lediglich ein „Internetangebot“ ist und ansonsten keine erkennbare Rechtsform, beispielsweise die eines eingetragenen Vereins, hat. Auf der Internet-Seite des „ImmoAdvo“ stehen eine Vielzahl von ziemlich wirren Beiträgen, immer wieder garniert mit Beleidigungen und Verdächtigungen der Menschen, die sich für das Projekt engagieren.

Seit 2013 hat man nichts mehr von Ziemanns BI gehört. Das war auch nicht nötig, denn seit 2011 ist seine Frau, **Christiane Heiß**, Mitglied der Grünen BVV-Fraktion von Tempelhof-Schöneberg. Und seit 2016 ist Frau Heiß Bezirksstadträtin und bekämpft den EUREF-Campus aus dieser Position heraus nach Kräften.

Die BI hat sich nun selbst wieder wachgeküsst und macht Front gegen den Ausbau des Gasometers, das letzte Vorhaben auf dem Campus. 2.000 weitere Arbeitsplätze sollen hier geschaffen werden. Das wollen Ziemann und Heiß auf jeden Fall verhindern. Der Gasometer soll so bleiben wie er ist. Das ganze Areal hätte vermutlich nach deren Ansicht so bleiben können, wie es vor 2008 war, mit kontaminiertem Boden und für die Öffentlichkeit gesperrt.

Nun gibt es eine Art Weiterentwicklung der BI Gasometer, nämlich „BI Gasometer retten!“ Um diese Rettungsaktion zu untermauern, wurden am 4. Oktober vier offene Briefe verfasst, an Bezirksbürgermeisterin **Angelika Schöttler**, Baustadtrat **Jörn Oltmann**, an das Landesdenkmalamt und an die Denkmalschutzbehörde. Der Unterzeichnerblock bei den vier Briefen ist unterschiedlich. Nur bei dem Schreiben an das Landesdenkmalamt steht in der Unterschriftenzeile auch der Name **Christiane Heiß**. Bei der Bezirksbürgermeisterin und Heiß' Parteifreund und Baustadtrat hat sie sich offenbar nicht getraut, auch zu unterschreiben. Das ist aber unerheblich.

Es gibt nur eine **Christiane Heiß** und diese ist politische Wahlbeamtin. Vor allem sollte sie nicht einen Brief an eine Landesbehörde bei einem Vorgang unterschreiben, mit dem sie als Bezirksstadträtin dienstlich zu tun hat. Demzufolge ist es unwichtig, ob sie die drei anderen Schreiben nicht unterzeichnet hat. Der Fraktionsvorsitzende der CDU in der BVV-

Tempelhof-Schöneberg, **Daniel Dittmar** hat vollkommen Recht, wenn er sagt: „Wir dachten immer, das Bezirksamt spricht mit einer Stimme“. In einer Pressemitteilung schreibt Dittmar weiter: „Die CDU-Fraktion fordert Aufklärung zur Unterschrift der Stadträtin unter dem Offenen Brief.“ Und der stadtentwicklungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Ralf Olschewski** ergänzt: „Die CDU-Fraktion erwartet von Frau Heiß und der Bezirksbürgermeisterin Schöttler in der nächsten BVV eine Klarstellung: gilt für die Bezirksstadträtin in der Öffentlichkeit künftig der Bezirksamtsbeschluss oder die Positionierung der Bürgerinitiative?“



„Der Vorgang hat unlängst eine neue Qualität erhalten“, schreibt Olschewski. Am 4. November 2020 habe **Christiane Heiß'** Ehemann (Alexander Ziemann) über das Büro der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in einer E-Mail mitgeteilt, seine Frau habe lediglich den Offenen Brief an das Landesdenkmalamt unterschrieben, aber nicht die

Briefe an die Bezirksbürgermeisterin, den Stadtrat Oltmann (GRÜNE) und die untere Denkmalschutzbehörde. Foto: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Dazu erklärt Olschewski: „Diese ‚Klarstellung‘ macht die Sache für die Stadträtin nicht gerade besser. Zunächst: Warum stellt eine Stadträtin eigentlich nicht selbst klar, was klarzustellen ist? Die Ausführungen von Heiß' Ehemann zeigen aber auch, dass Frau Heiß sich bewusst öffentlich gegen die Beschlusslage des Bezirksamts wendet.“

Sollte am Buß- und Betttag, dem 18. November, die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung, die zurzeit in der Sporthalle Schöneberg tagt, tatsächlich stattfinden, steht unter Punkt 8.1. eine „Große Anfrage“ der CDU an das Bezirksamt auf der Tagesordnung.

Die Anfrage ist überschrieben mit: „Was sagt der große Manitu: Spricht das Bezirksamt beim Ausbau des Gasometers – **Drs.-Nr. 1876/XXX*** – mit gespaltener Zunge?“ Wer immer der „große Manitu“ sein mag, hat er folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Erfolgsaussichten räumt das Bezirksamt den diversen offenen Briefen der Anwohnerinitiative Rote Insel ein, den geplanten Innenausbau des Gasometers in vom Bezirk geplanter Form zu verhindern und die durch das Bezirksamt beschlossene und

durch die BVV unterstützte Änderung des Bebauungsplans 7-29 zu blockieren?

2. Trifft es zu, dass ein Mitglied des Bezirksamtes, Frau Christiane Heiß, einen an den Landeskonservator gerichteten offenen Brief der o.a. Anwohnerinitiative mit unterschrieben hat und wie bewertet das Bezirksamt diesen Umstand?
3. Sieht das Bezirksamt einen Loyalitätskonflikt zwischen der Verpflichtung von Bezirksamtsmitgliedern, die Beschlüsse des Bezirksamtes und der BVV zu akzeptieren sowie für deren Umsetzung einzutreten und sich gleichzeitig mit einer Anwohnerinitiative öffentlich für das Gegenteil einzusetzen?
4. Bleibt das zuständige Bezirksamtsmitglied Jörn Oltmann (Grüne) bei seiner bisherigen Position zum Ausbau des Gasometers, welche Position vertritt das Bezirksamtsmitglied Christiane Heiß (Grüne) künftig öffentlich und welche Position vertritt das Bezirksamt als Ganzes?

Bislang hat sich Frau Heiß wenig um irgendwelche Beschlüsse gekümmert. Sie ist bekannt dafür, den Streit zu suchen. Ihre Unfähigkeit, das Amt einer Bezirksstadträtin auszuüben, hat sie oft genug unter Beweis gestellt. Das scheint den Bezirks-Grünen völlig egal zu sein. Heiß wurde 2016 Stadträtin, weil grüne Strippenzieher unbedingt die stellvertretende BVV-Vorsteherin und Vize-Fraktionsvorsitzende **Martina Zander-Rade** verhindern wollten. Was sich innerhalb der Grünen abspielt, übertrifft selbst noch die innerparteilichen Auseinandersetzungen anderer Parteien. Es ist nicht auszuschließen, dass Frau Heiß auch dem nächsten Bezirksamt ab Herbst 2021 angehören wird. Die Grünen haben gute Chancen, dann die oder den Bezirksbürgermeister/in zu stellen.

Ed Koch

*Drucksache 1876/XXX:

Beschlussfassung des Bezirksamtes vom 08.09.2020

Änderung der Gebäudehöhe im Gasometer. Mit der stärkeren Ausnutzung bzgl. der Gebäudehöhe innerhalb des Gasometers reicht die künftige Bebauung bis zur Höhe des vorletzten Gerüstringes (Traufhöhe des Hauptbaukörpers: 107 m über NHN) und soll dann darüber als Staffelgeschoss mit einer sehr flachen Kuppel (Traufhöhe der Kuppel: 111 m über NHN, Scheitelpunkt der Kuppel: 113 m über NHN) abschließen.

Das ist die demokratisch herbeigeführte Beschlusslage, die nun Bezirksstadträtin Heiß in Frage stellt.